

Berlin, 7. Juni 2022

Studie: Die Zukunft digitaler Justiz (Auszüge auf Deutsch)

Vorab-Übersetzung der Studie "The Future of Digital Justice"

Im Original erschienen auf Englisch am 3. Juni 2022

Deutschland: Fallstudie

Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in Europa und nimmt im Rechtsstaatlichkeit-Index des World Justice Project stets einen der vorderen Plätze ein. Das Zivilrecht des Landes schneidet sogar noch besser ab und belegt derzeit den dritten Platz. Am schlechtesten schneidet Deutschland in den Kategorien Zugang zum Recht, Kosten und Verfahrensdauer ab, die hinter anderen Kategorien wie unzulässige Beeinflussung, Korruption oder Durchsetzung des Rechts zurückbleiben. Deutschland ist ein idealer Kandidat für eine Fallstudie, da es sowohl über genügend Raum für Verbesserungen als auch über die nötige Wirtschaftskraft verfügt, um in langfristige Entwicklungen zu investieren. Da viele der traditionellen, einfachen Lösungen für den Zugang zum Recht, wie z. B. die Prozesskostenhilfe, bereits umgesetzt sind und die Rechtsschutzversicherung weit verbreitet ist, muss Deutschland nach neuen Ansätzen suchen, um den Zugang zum Recht weiter zu verbessern.

Wo also steht die deutsche Justiz derzeit? Unsere Untersuchung offenbart eine unbequeme Wahrheit: Die in Deutschland eingesetzten technischen Lösungen sind nicht nur vergleichsweise wenig vertreten, veraltet und nicht ausreichend nutzerorientiert, sondern auch verstreut und uneinheitlich in den einzelnen Bundesländern, Gerichten und Fachgerichtsbarkeiten umgesetzt (z.B. knapp 50 verschiedene Lösungen für digitale Akten, genannt "eAkten"). Die Digitalisierung der Justiz hinkt 10-15 Jahre hinter den führenden Ländern hinterher, während die Überlastung der Gerichte, der Kostendruck und die bevorstehende Pensionierungswelle (über 25 Prozent aller Richter werden bis 2030 in den Ruhestand gehen) den Druck zur Modernisierung und Digitalisierung der Gerichte erhöhen. Die wichtigsten Herausforderungen, die von den Studienteilnehmern hervorgehoben wurden, sind unzureichende Hard- und Software sowie Finanzierungsprobleme und häufige Schwierigkeiten innerhalb öffentlicher Einrichtungen, digitale Projekte durchzuführen (wie z. B. der berüchtigte E-Mail-Dienst für Anwälte, "beA"). Als Hauptgründe werden ein Mangel an technologisch fähigem Personal und die Angst vor persönlichen Nachteilen für wichtige Entscheidungsträger genannt. Letzteres ist Teil eines Musters, von dem unsere



BUCERIUS LAW SCHOOL
HOCHSCHULE FÜR RECHTSWISSENSCHAFT



Interviewpartner berichteten: Viele Mitarbeiter:innen der Justiz sind technischen Neuerungen gegenüber skeptisch eingestellt oder lehnen diese gänzlich ab. Dies ist auf eine allgemeine Ablehnung gegenüber Technologie, speziell im Hinblick auf das Thema Datenerfassung und -verarbeitung zurückzuführen. Diese Ansicht basiert auf einem veralteten Verständnis von Datenschutz, das auf negativen Erfahrungen basiert, in dem Daten von Bürger:innen geklaut worden waren. Die Einstellung ist ebenso auf negative Erfahrungen der Vergangenheit zurückzuführen, in denen öffentliche digitale Projekte schlecht umgesetzt wurden und weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. All dies trägt dazu bei, dass es den Juristen insgesamt an Ehrgeiz für eine digitale Führungsrolle mangelt.

Diese Herausforderungen betreffen alle Ebenen der Digitalisierung des juristischen Sektors. In Teilen Deutschlands ist die Internetanbindung nach wie vor problematisch. Die Cybersicherheit in einem Gericht war so problematisch, dass Berater die Verwaltung öffentlich aufforderten, die gesamte IT-Infrastruktur von Grund auf neu aufzubauen. Das auf insgesamt neun Jahre ausgelegte Projekt zur Einführung der digitalen Aktenablage, das 2017 als Gesetz verabschiedet wurde, ist bereits heute stark in Verzug. Auf der Verwaltungsebene verwenden viele deutsche Gerichte derzeit ein System, das vor über 20 Jahren entwickelt und vor über 15 Jahren eingeführt wurde. Sein Nachfolger ist seit mehr als einem halben Jahrzehnt geplant. Aktuell werden Ideen und Infrastruktur für die Entwicklung eines zukünftigen Tools gesucht, anstatt ein bereits bestehendes Tool weiterzuentwickeln. Das derzeitige System ist nicht digital angebunden. Auf der Ebene der materiellrechtlichen Lösungen hat Deutschland einen digitalen Prototyp für die Bearbeitung von Ansprüchen im Bereich der Fahrgastrechte und des Mietrechts entwickelt, während mehrere Unternehmen bereits sehr viel ausgefeiltere, vollständig entwickelte und stark nachgefragte Tools für Verbraucher anbieten und anwenden. Die Lage ist ernst und erfordert entschlossenes und rasches Handeln, aber sie ist keineswegs hoffnungslos. Unter der kürzlich gebildeten Regierung und den Initiativen des Bundesjustizministeriums scheint die Digitalisierung endlich Priorität zu sein. Die COVID-19-Pandemie hat den Nutzen von Technologie im Bereich Recht unter Beweis gestellt und sich direkt und spürbar auf ihre Einführung ausgewirkt, z.B. bei digitalen Anhörungen und Videokonferenztechnik in Gerichtssälen. Der erwartete Wandel in der Justiz könnte eine neue Generation von Richtern und Justizbeamten hervorbringen, die digitalen Lösungen gegenüber aufgeschlossener sind, der Datenerfassung und -analyse weniger misstrauisch gegenüberstehen und interdisziplinär und quantitativ geschult sind. Darüber hinaus gibt es dank zahlreicher Arbeitsgruppen innerhalb der Justiz und der Verwaltung sowie unter den Studenten der Rechtswissenschaften und der Informatik eine große Vielfalt an Digitalisierungsinitiativen und Prototypen, was von einem zunehmenden Bewusstsein und Interesse an digitalen Themen zeugt. Und schließlich gibt es in Deutschland einen florierenden privaten Sektor für Legal Tech Angebote, was auf die vorausschauende Rechtsprechung zurückzuführen ist, die eine Liberalisierung des Marktes für Rechtsdienstleistungen und mutige Reformen des Rechtsrahmens ermöglicht hat. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Digitalisierung eine enorme Chance für eine sinnvolle und wirksame Justizreform in Deutschland bietet.

Internationale “Best Practice” Beispiele

Zusätzlich zu unserer oben beschriebenen Fallstudie zu **Deutschland** haben wir für diesen Bericht vier Länder ausgewählt, die aufgrund ihres guten Rufs im Bereich der digitalen Justiz im Mittelpunkt stehen: **Österreich, Kanada, Großbritannien und Singapur**. Diese Länder repräsentieren eine Vielzahl von Rechtstraditionen, Bevölkerungsgrößen, Flächengrößen, Regierungsformen und geografischen Standorten. Unter ihnen finden wir insgesamt zehn spezifische technologische Lösungen, die für digitale und Online-Gerichte relevant sind: Auf der Ebene der Anwender untersuchen wir Kommunikationstechnologien in Gerichtssälen, die mobile und digitale Signatur für Gerichte, umfassende Cloud-Speicherplattformen sowie Videoanhörungen und -konferenzen. Auf Ebene der prozessunterstützenden Lösungen beleuchten wir Analysen von gerichtlichen Entscheidungen, digitale Ablage, Plattformen zur Fallverfolgung und digitale Fallverwaltung. Auf der Ebene der materiell rechtlichen Lösungen werfen wir einen genaueren Blick auf die (umfassende) Online-Streitbeilegung, interaktive juristische Tools zur Selbsteinschätzung durch die Parteien sowie Tools zur Organisation und Analyse des Prozessmaterials und zur automatischen Erstellung von Gerichtsentscheidungen.

Die Zukunft der digitalen Justiz

Damit sich die digitale Justiz weltweit verbessert, müssen wir zwei wichtige Schritte unternehmen. Der erste besteht darin, den Raum möglicher zukünftiger digitaler Entwicklungen zu beschreiben, damit wir bestimmen können, wie weit wir voranschreiten wollen. Dann müssen wir den Weg dorthin skizzieren und uns darüber im Klaren sein, was es braucht, um dorthin zu gelangen.

Eine Vision für ein zukünftiges Justizsystem

Wie die international bewährten Praktiken in unseren Schwerpunktländern zeigen, sind sinnvolle Fortschritte auf dem Weg zu digitalen Justizsystemen möglich und wünschenswert, aber der Weg dorthin erfordert Ressourcen und Ausdauer. Beides ist wesentlich leichter zu erlangen und aufrechtzuerhalten, wenn man eine klare Vision verfolgt. Wir haben daher unsere Interviewpartner gebeten, ihre ideale Version der Zukunft zu beschreiben:

Das Rechtssystem der Zukunft ist in den grundlegenden Werten und Errungenschaften der Zivilisation verwurzelt, die die Bestandteile eines modernen Verständnis von Rechtsstaatlichkeit sind: Gleichheit vor dem Gesetz, Rückwirkungsverbote, öffentlich zugängliche, transparente und einheitliche Gesetze und Verfahren, sowie eine unabhängige Justiz. Das Rechtssystem der Zukunft spiegelt die derzeitigen Systeme wider und verbessert sich gleichzeitig, um die zunehmende rechtliche Komplexität bewältigen zu können (siehe oben).

In Zukunft werden Gerichte nicht mehr nur physische Orte und zentralisierte Institutionen



BUCERIUS LAW SCHOOL
HOCHSCHULE FÜR RECHTSWISSENSCHAFT



sein, die persönliche Interaktion und vor allem synchrone Kommunikation erfordern. Stattdessen werden alle Rechtsstreitigkeiten online eingeleitet und die überwiegende Mehrheit der Konflikte ohne eine physische Verhandlung beigelegt werden. Wenn das Gericht es vorschreibt, werden Gerichtsverhandlungen persönlich abgehalten, aber der Standard wird die Teilnahme aus der Ferne, wodurch lange Anfahrtswege und potenziell einschüchternde Situationen für die Parteien vermieden werden. Da sich die Unternehmen - beschleunigt durch die COVID-19-Pandemie - immer mehr auf digitale Zusammenarbeit konzentrieren, ist es für die Menschen zunehmend bequemer geworden, wichtige Geschäfte von zu Hause aus zu erledigen. Dies hat zur Folge, dass digitale Besprechungen nicht mehr als informell angesehen werden und daher eine ordnungsgemäße rechtliche Beurteilung eines Falles nicht behindern oder zu einem Mangel an Respekt gegenüber dem Gericht führen. Im Gegenteil, das Erscheinen vor Gericht kann den täglichen Interaktionen der Menschen ähnlicher werden und das Vertrauen stärken, da das Justizsystem immer zugänglicher wird. Dazu gehört auch eine Verschiebung hin zur asynchronen Kommunikation als Standard, um wechselnden Zeitplänen und der abnehmenden Planbarkeit des Tagesablaufs Rechnung zu tragen, die wiederum eine breitere gesellschaftliche Entwicklung widerspiegelt. Eine Entwicklung in der jungen Generationen Kommunikation durch Textnachrichten anderen Kommunikationsformen etwa persönlicher oder telefonischer Kommunikation vorziehen. Wenn es für die Beilegung der Streitigkeiten von Vorteil ist, werden die Anhörungen in der virtuellen Realität durchgeführt. Dies ermöglicht es Richtern und Parteien, relevante Details direkter zu erfahren und über die Grenzen des physischen Raums hinauszugehen.

Um die Zugänglichkeit zu verbessern, werden die Gerichtsverfahren nutzerorientierter gestaltet. Dazu gehören einfach zu bedienende Tools, die es ermöglichen, das Recht zu verstehen und mögliche Rechtsbehelfe und Verfahren zu erkunden, ohne professionelle Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Da Anwälte und Richter für viele alltägliche Fälle nicht mehr benötigt werden, können sie ihre Aufmerksamkeit und Zeit auf komplizierte Konflikte oder, wenn die Parteien es vorziehen, auf die Entscheidung durch einen Richter und die Vertretung durch einen Anwalt konzentrieren. Eine angemessene Rechtsvertretung ist zweifellos eine Errungenschaft der modernen Rechtssysteme, aber es scheint unwahrscheinlich, dass der derzeitige "one-size-fits-all"-Ansatz die beste Verteilung von Rechtsberatung ist. Stattdessen könnte ein spezielles System dabei helfen, das am besten geeignete Verfahren für eine Partei zu bestimmen, die eine Lösung für einen Rechtskonflikt sucht.

Wenn eine Partei dann ein förmliches Verfahren einleiten möchte, könnte eine alternative Streitbeilegungs- oder Verhandlungsvorstufe dazu beitragen, Konflikte außergerichtlich zu lösen. Bei dieser Phase könnte es sich um einen automatisierten, strukturierten Dialog handeln, der sich an Streitbeilegungsplattformen orientiert, die von E-Commerce-Plattformen bekannt sind, oder um einen geführten Prozess, der von einem menschlichen Mediator, Schlichter oder Fallmanager geleitet wird. Diejenigen Konflikte, die nicht beigelegt werden können, würden anschließend online mit Hilfe von mobilfreundlichen interaktiven Formularen oder Chatbots eingereicht, die automatisch fehlende Informationen ermitteln und Unsicherheiten beseitigen. Anschließend würden Beweise vorgelegt und Anhörungen wie oben beschrieben durchgeführt. Das Gericht bewertet den Sachverhalt mit Unterstützung von digitalen Hilfsmitteln, die das



BUCERIUS LAW SCHOOL
HOCHSCHULE FÜR RECHTSWISSENSCHAFT



Prozessmaterial und das Vorbringen der Parteien organisieren, und wendet das Recht mithilfe integrierter juristischer Datenbanken an. Sobald die Richter so ihre Rechtsauffassung gebildet haben, verfassen sie ihre Entscheidungen. Doch anstatt bei Null anzufangen, könnten sie einen Entwurf verwenden, der von einem maschinellen Lernsystem erstellt wurde, das anhand ähnlicher, früherer Fälle trainiert wurde. Auch dies würde Zeit und Mühe sparen und gleichzeitig die Flexibilität bieten, das Gesetz weiterhin individuell auf den Einzelfall anzuwenden.

Schließlich würde der Informationsaustausch mit den Vollstreckungsorganen der Landesjustizverwaltungen unmittelbar erfolgen, so dass weder Zeit noch Informationen verloren gehen würden. Richter und Justizbeamte könnten ihre Entscheidungen (falls gewünscht) weiter verfolgen, und die im weiteren Prozess generierten Daten würden dazu beitragen, die Wirksamkeit früherer Entscheidungen zu messen und für künftige Entscheidungen zu berücksichtigen. Wie bei allen anderen Schritten würden die Vollstreckungsbeamten dasselbe durchgängige digitale System zur Fallverwaltung nutzen, um Daten auszutauschen und mit allen anderen Nutzergruppen (Parteien, Justizfachangestellte und Richter) zu kommunizieren. Die breite Einführung dieses zentralen Systems würde eine ausreichende Bündelung der Ressourcen für seine Pflege und Weiterentwicklung gewährleisten.

Keiner der oben genannten Wege ist dabei als starre Lösung zu verstehen. Auf der Grundlage von Analysen gerichtlicher Entscheidungen und einer kontinuierlichen, nutzerzentrierten Prozessverbesserung könnte dieses flexible Justizsystem einfacher und schneller als heute angepasst werden.

Der Weg dahin

Die oben beschriebene Vision eines Justizsystems der Zukunft, die von vielen unserer Interviewpartner ganz oder teilweise geteilt wird, gibt es derzeit nicht einmal in den fortschrittlichsten Ländern. Dies wirft die Frage auf, wie man sich diesem Ziel nähern kann. Wie oben dargelegt, ist der Prozess langwierig und erfordert eine Vielzahl von miteinander verknüpften Entscheidungen, die für das jeweilige Justizsystem spezifisch sind und daher nicht im Detail dargelegt werden können. Einige Schritte sind verallgemeinerbar, hängen aber wiederum vom aktuellen Stand des jeweiligen Justizsystems ab.

Fortgeschrittene Systeme in Ländern, die bei der Digitalisierung führend sind, können einem klaren Vier-Stufen-Plan folgen und in einem Zeitraum von 15 Jahren vollständig digitale Online-Gerichte erreichen. Sie haben die bestehenden Gerichtsprozesse bereits weitestgehend digitalisiert, betreiben ein Fallmanagementsystem, kommunizieren über ein Online-Portal und führen viele Anhörungen nahtlos digital durch. In den nächsten fünf Jahren optimieren sie ihre Prozesse, wobei sie sich auf die Benutzerfreundlichkeit konzentrieren und Erkenntnisse aus der Datenanalyse nutzen. Dies führt zu einer erheblich verbesserten Nutzererfahrung, größerer Effizienz und mehr Zeit für die Entwicklung eines Systems zur



BUCERIUS LAW SCHOOL
HOCHSCHULE FÜR RECHTSWISSENSCHAFT



Selbsteinschätzung von Fällen. In der nächsten Phase werden alle bestehenden Lösungen in eine gemeinsame Plattform integriert, deren Nutzung dann verpflichtend gemacht werden kann, ohne die Rechte der Parteien zu beeinträchtigen. Dadurch wird die Notwendigkeit der physischen Anwesenheit drastisch reduziert und eine ausreichend integrierte Datenerfassung für künftige Entwicklungen ermöglicht, die in der letzten Phase erfolgt. Die gesammelten Daten ermöglichen halbautomatische oder automatische Entscheidungen für geringe Streitwerte und Standardforderungen (vergleichbar, aber differenzierter als das heutige Mahnverfahren) und eine schnellere Bearbeitung größerer, komplexer Fälle. Sobald diese Phase erreicht ist, können die Gerichte zukunftsweisende Entwicklungen ins Auge fassen, wie z. B. die Gewährleistung von Rechtsnormen, die Entwicklung von Gerichtsverfahren für computergestütztes Recht und sog. Smart contracts.

Weniger fortgeschrittene Länder - einschließlich unseres Fallbeispiels Deutschland - liegen derzeit mindestens 10-15 Jahre hinter den weltweit führenden Ländern zurück. Wenn sie ihre derzeitige Digitalisierungsstrategie (oder deren Fehlen) fortsetzen, werden sie wahrscheinlich die nächsten 15 Jahre mit der Digitalisierung bestehender Gerichtsverfahren und der Verbesserung bestehender Lösungen verbringen. Da der Druck, einen besseren Zugang zum Recht zu bieten, mit zunehmender juristischer Komplexität wächst, steigen die Kosten, und es besteht die Gefahr, dass sie mit neuen Technologien und den entsprechenden Nutzererwartungen ewig hinterherhinken. Ein Weitermachen wie in der Vergangenheit ist keine ratsame Option.

Stattdessen könnten diese Länder von den Erfahrungen der weltweit führenden Justizsysteme und Unternehmen profitieren und ihre Strategien anpassen. Zu Beginn muss das **ehrgeizige Ziel** gesetzt werden, eine führende Rolle im Bereich der digitalen Justiz zu übernehmen, was wiederum die Einbindung von Führungsstrukturen ("**Leadership Buy-in**"), idealerweise auf Ministerebene oder höher erfordert. Führung bedeutet in diesem Zusammenhang eine klare Prioritätensetzung und die Entwicklung einer **hochwertigen Strategie**. Es müssen erhebliche Haushaltsmittel bereitgestellt und mehrjährige Beschaffungsverfahren neu konzipiert werden. Entwickelte Länder, insbesondere solche mit einer florierenden Industrie für Rechtstechnologie, sollten die Erfahrungen des Privatsektors nutzen, um schneller zu Ergebnissen zu gelangen und deren Qualität zu verbessern.

Die operative Umsetzung kann sich an drei Elementen orientieren: Steigerung der **Effizienz der Gerichte**, einschließlich der Beschleunigung von Verfahren; ein klares Bekenntnis zur **Nutzerorientierung**, einschließlich moderner Software und Prozessentwicklung und eine zeitnahe Einführung der **Datenanalyse**, um die relevanten Informationen zur Ermittlung und Lösung der dringendsten Probleme bereitzustellen. Dazu gehört auch die Einrichtung einer schnell reagierenden Governance-Struktur, insbesondere in Ländern mit föderaler Struktur, in denen Konflikte mit oder zwischen einzelnen Bundesländern das Projekt zu verlangsamen drohen. Viele Länder richten spezielle Digitalisierungsagenturen ein, aber andere weltweit führende Länder zeigen, dass rasche Entwicklungen auch in der bestehenden Struktur möglich sind, wenn Intrapreneure und Innovationsteams mit ausreichenden Befugnissen ausgestattet werden.



BUCERIUS LAW SCHOOL
HOCHSCHULE FÜR RECHTSWISSENSCHAFT



Vor allem werden möglichst detaillierte Daten über das Justizsystem benötigt. Dazu gehören Gerichtsstatistiken und weitere empirische Untersuchungen über die Erwartungen der Nutzer an das Justizsystem und seine Institutionen, einschließlich der Anbieter von Rechtsdienstleistungen. Damit nicht genug: Alle rechtlichen Informationen, wie Gesetze und Verordnungen, Gerichtsentscheidungen und Verwaltungsakte, müssen so leicht wie möglich zugänglich sein. Im digitalen Zeitalter erfordert der Zugang zum Recht einen einfachen, ungehinderten Zugang zu Informationen.

Schließlich erfordert die Digitalisierung der Justiz umfassende Gesetzesreformen und eine sinnvolle Neugestaltung des Rechtsrahmens. Dazu gehören Verfahrensgesetze, Gerichtsorganisationsgesetze, Verwaltungsverordnungen, Vergaberegeln und möglicherweise auch Besoldungsregelungen für Angestellte des öffentlichen Dienstes. Natürlich ist die Schaffung neuer und die Änderung bestehender Gesetze Aufgabe der Justizministerien, so dass sie hier als erstes aktiv werden könnten. Während die Förderung von Gesetzesreformen wichtig ist und frühzeitig beginnen sollte (angesichts der oft langen Zeitspanne, die es dauert, bis Gesetzesvorlagen zu Gesetzen werden), sollten die organisatorischen und politischen Begleitmaßnahmen ebenso früh beginnen.

In föderalen Ländern erfordert der Gesetzgebungsprozess eine Zusammenarbeit zwischen den nationalen und subnationalen Regierungen, und eine mutige, umfassende Justizreform kann eine umfassende Koordinierung erfordern. Unsere Schwerpunktländer Kanada und Österreich sind Beispiele für die beiden erfolgreichsten Strategien: Regionale Sandboxes und wettbewerbsorientierte Experimente einzelner Staaten wie British Columbia einerseits und nationale Führung und Bündelung von Digitalisierungsressourcen wie in Österreich andererseits. Der Föderalismus kann die Digitalisierung fördern, sollte aber nicht als Entschuldigung für mangelnden Ehrgeiz dienen. Die Länder sollten auch aus einem anderen Grund ein starkes Interesse an der Digitalisierung haben. Die zunehmende rechtliche Komplexität und die daraus resultierenden steigenden Kosten können leicht dazu führen, dass sich die Diskussion zwischen Bund und Ländern nur auf finanzielle Aspekte konzentriert. In einem solchen Szenario stehen sich die Interessen naturgemäß diametral gegenüber, denn beide Seiten wollen, dass die jeweils andere Seite für mehr Richter und Sachbearbeiter, für die Ausstattung der Gerichtssäle und die Infrastruktur im Allgemeinen aufkommt. Die Digitalisierung der Justiz hingegen liegt im Interesse aller, denn die Effizienzsteigerung kann helfen, die Kosten zu senken und die Diskussion auf die Produktivität zu lenken.

Der Aufbau eines digitalen Justizsystems ist eine ehrgeizige Aufgabe und erfordert Fähigkeiten im technischen, juristischen und Managementbereich. Erfolgreiche Digitalisierungs-Taskforces bestehen aus interdisziplinär ausgebildeten Mitgliedern, die durch die sozialen Auswirkungen ihrer Arbeit motiviert sind. Idealerweise sind sie eine Mischung aus jungen und motivierten Fachleuten sowie Mitarbeitern, die Erfahrung darin haben, sich in hierarchischen Strukturen

zurechtzufinden und dauerhafte Koalitionen aufzubauen. Die Länder, die im Bereich der digitalen Justiz weltweit führend sind, sind zum Teil deshalb so erfolgreich, weil sie ihre Mitarbeiter für die Digitalisierung motivieren und diejenigen belohnen, die die Herausforderung dieser Transformationsprojekte annehmen und ihr digitales Engagement in beruflichen Erfolg umwandeln. So wird eine Fülle von Talenten erschlossen, weil es den ehrgeizigen und zugleich intrinsisch motivierten Teil der Belegschaft anspricht.

Fazit

In einer von Globalisierung und Digitalisierung geprägten Welt steigt der Druck auf die Justizsysteme in allen Entwicklungsstadien, da die Komplexität von Rechtsbeziehungen, Regeln und Streitigkeiten zunimmt. Dies birgt die Gefahr, dass der Zugang zum Recht sowohl für Verbraucher:innen als auch für Unternehmen erschwert wird. Infolgedessen schwindet das Vertrauen in die Gerichte, und die Unternehmen weichen auf Rechtsordnungen und privatrechtliche Angebote aus, die in der Lage sind, mit der zunehmenden Komplexität umzugehen.

Die vielversprechendste Antwort auf diese Entwicklung ist die Digitalisierung der Justizsysteme. Allerdings ist es eine gewaltige Aufgabe, die Gerichte und ihre Verwaltung in das digitale Zeitalter zu überführen. Damit dies gelingt, muss unser traditionelles Verständnis von Gerichten und Verfahren überdacht werden, und es müssen ehrgeizige Strategien entwickelt und umgesetzt werden. Verwaltungen, die diese Herausforderung annehmen, können sich an drei Quellen orientieren: weltweit führende Länder bei der Digitalisierung der Justiz, allgemeine staatliche Technologieinitiativen und erfolgreiche Anbieter von Rechtstechnologie in der Privatwirtschaft.

Wie unsere internationalen Fallstudien zeigen, bietet die Digitalisierung der Justiz eine große Chance für Länder, ihre Politiker und ihre öffentliche Verwaltung. Sie können sich profilieren, greifbare Erfolge feiern und positive internationale Aufmerksamkeit und Geschäftstätigkeiten anziehen.

Über den Legal Tech Verband Deutschland:

Der im Jahr 2020 gegründete Legal Tech Verband Deutschland e.V. steht für Digitalisierung und Innovation des deutschen Rechtsmarktes und vertritt dabei als einziger Verband alle Marktakteure. Zu seinen Mitgliedern zählen zum Beispiel Kanzleien, Unternehmen,

Rechtsschutzversicherer, Softwareanbieter und Legal Tech Startups. Der Verband setzt sich für einen innovationsfreundlichen Rechtsrahmen, Rechtssicherheit und die Förderung von Investitionen in Legal Tech ein, um so die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Rechtsmarktes sicherzustellen.

Pressekontakt:

Charlotte Falk
presse@legaltechverband.de
M +49 176 668 219 79